Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-15 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 291 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 15. Dezember 1930

Reichstagsferien.

Acht Tage früher, als wohl selbst die Regierung es angenommen und als Grenze gesetzt hatte, ist der Reichstag in die Ferien gegangen. Und zwar gleich für sieben Wochen. Auch jetzt besteht ein formeller Beschluß, daß sein Wiederzusammentritt an einem bestimmten Tage erfolgen soll, so daß die Opposition nicht die Möglichkeit besitzt, die Einberufung des Reichstages zu einem früheren Termin herbeizuführen. Das war — allerdings erfolglos — während der letzten Ferien des Reichstages versucht worden. Natürlich wird in den nächsten sieben Wochen der „Wallotbau" nicht verödet dastehen, sondern dort wird nun die vielleicht wichtigste Arbeit des Reichstages beginnen: die Beratung des Reichshaushalts für 1931 im Schoße des Haushaltsausschusses. Vom Reichsrat ist der „Haushaltsentwurf 1931/32" bereits angenommen worden. Dann ist der Reichskanzler von seinem ursprünglichen Vorhaben, auch diesem Entwurf durch die Notverordnung Gesetzeskraft zu geben, doch wieder abgekommen und läßt ihn durch die parlamentarische Mühle gehen. Da wird wohl manches zermahlen werden; denn die Deutsche Volkspartei z. B. hat ankündigen lassen, daß sie eine weitere Senkung der Ausgaben um 300 Millionen verlange. Nun ist der Haushalt mit 10,6 Milliarden ausgeglichen und so wäre die deutschvolksparteiliche Forderung ein Abstrich von 2,5 Prozent an den vorläufig vorgesehenen Ausgaben. Ihre Erhöhung ist ja — erfreulicherweise — durch die Notverordnung unmöglich gemacht worden und künftig sind auch solche Anträge wie der in der letzten Sitzung des Reichstages verhandelte, etwa 400 Millionen für eine große Winterbeihilfe an sozial Notleidende zu bewilligen, nicht bloß deswegen überflüssig, weil keine Deckung da ist, sondern weil die Ausgaben über die im Haushaltsentwurf festgesetzten überhaupt nicht hinausgehen dürfen.

Der Reichsfinanzminister hat zwar recht optimistisch geäußert, der Haushalt sei ausgeglichen und die „Gefahrenmomente" seien aus ihm ausgeschaltet, aber Vorsicht ist besser als — Nachtragsetats, und das deutsche Volk, der hochbelastete Steuerzahler, ist dem Reichstag für jede Million dankbar, die an den Ausgaben gestrichen wird. Andererseits hat aber der Reichstag noch schnell eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen zur Notverordnung gleichfalls dem Haushaltsausschuß überwiesen, die vielfach das Gleichgewicht des Reichshaushalts in Einnahmen und Ausgaben zu bedrohen scheinen.

Auch die von der Mehrheit des Reichstages als unzeitgemäß abgelehnte Auseinandersetzung über die deutsche Außenpolitik wird wenigstens in einem seitdem spruchreif gewordenen Punkt nachgeholt: im Auswärtigen Ausschuß wird man sich sehr ausgiebig über die nun zu Ende gegangenen „Abrüstungs"verhandlungen in Genf unterhalten und damit etwas berühren, über das in Deutschland ja nur eine einzige Meinung besteht. Daß wir uns in dem Protest gegen das Ergebnis dieser Konferenz auch auf zustimmende Erklärungen im angelsächsischen Ausland beziehen können, kann freilich nichts daran ändern, daß wir machtlos einer Front der „Siegerstaaten" gegenüberstehen, die über alle deutschen, ungarischen usw. Forderungen zur Tagesordnung übergegangen ist und auch künftig übergehen wird. Mehr als ein neuer Protest bleibt uns und dem Auswärtigen Ausschuß auch nicht übrig. Außerdem wird in die Reichstagsferien auch noch die Sitzung des Völkerbundrats fallen, auf der die deutsche Beschwerde über Polen verhandelt wird, so daß der Reichstag nach seinem Wiederzusammentritt auch über genügend außenpolitischen Beratungsstoff verfügen wird.

Schacht über Politik und Wirtschaft.

London, 14. Dezember. In einer vom Referenten widergegebenen Unterredung setzt sich Dr. Schacht für einen stärkeren Einfluß der wirtschaftlichen Sachverständigen auf den Gang der Weltereignisse ein. Der allgemeine Wiederaufbau Europas sei durch die Politiker und die Neigung bedroht, die Dinge zu sehr im politischen Lichte betrachten zu wollen. Das europäische Problem sei niemals zu verstehen, wenn man sich nicht zunächst über die wirtschaftlichen Tatsachen klar werde. Auf ihnen allein lasse sich ein festes Gebäude aufbauen, das politischen Gegensätzen widerstehen könne. Der Wirtschaftler sei niemals so notwendig gewesen, wie heute, um die Fehler der Politiker wieder gut zu machen. In seiner ursprünglichen Form habe der Youngplan gegenüber dem Dawesplan einen Fortschritt bedeutet, er sei durch die Politiker verunstaltet worden und müsse deshalb versagen. Vielleicht könne ein besonders wichtiger Ausschuß noch dazu beitragen, den Youngplan so arbeiten zu lassen, daß er wenigstens einigermaßen ein Erfolg werde. Das hänge wesentlich von den beteiligten Persönlichkeiten ab.

Luther über Youngplan-Revision und Privatschulden.

Paris, 14. Dezember. Die „Neue Pariser Zeitung", das in der französischen Hauptstadt in deutscher Sprache erscheinende Organ, veröffentlicht einen Artikel des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, in dem Luther sich mit den Tributen und der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands befaßt. Zunächst gibt Luther seiner Ueberzeugung über die Festigkeit der deutschen Währung Ausdruck. Die sieben Jahre alte Reichsmark habe die sieben wahrlich nicht fetten Jahre durchgehalten und sie werde noch viele Male sieben Jahre durchhalten. Ein im Innern starkes Deutschland habe auch jetzt noch Erfolgsaussicht im außenpolitischen Ringen. Mit Nachdruck müsse deutscherseits darauf hingewiesen werden, daß im Youngplan auch die von den anderen zu erfüllenden Voraussetzungen gehörten. Die Reparationen seien auf die Dauer nur erfüllbar, wenn Deutschland genügend Ausfuhrmärkte habe. Auch die Kapitalhortung, zu der heute besonders Frankreich neige, müsse vermieden werden. Auch die leidenschaftlichen Vorkämpfer einer Revision seien sich darüber klar, daß alle Privatschulden bedingungslos und rechtzeitig bezahlt werden müßten. Was aus den Erörterungen über das Moratorium der Revision auch werden möge, Deutschland werde seine privaten Schuldverpflichtungen ordnungsmäßig erfüllen. Je deutlicher Deutschland seine Unterschrift unter den Youngplan als bindend anerkenne, umso wirkungsvoller könne es von den Vertragspartnern fordern, was ihnen vertragsmäßig obliege.

Die Militärrevolte in Jaca unterdrückt

Republikanische Bewegung in ganz Spanien.

Vorläufer einer Revolution.

Ein plötzliches, auffälliges Verbot der spanischen Regierung, telephonische, telegraphische oder Rundfunkmitteilungen ans Ausland zu geben, ließ auf besondere politische Vorkommnisse in Spanien schließen. Nach der später wiederhergestellten Verbindung wurde denn auch bekannt, daß in der nordspanischen kleinen Festung Jaca eine Militärrevolte ausgebrochen sei. Die Regierung mußte die Tatsache des Aufstandes zugeben. Sie trat sofort zu

Nach in Madrid umlaufenden Gerüchten hat die Zivilbevölkerung in Jaca sich den revoltierenden Truppen angeschlossen. Die Ansicht gewinnt an Boden, daß der Putsch der Vorläufer einer allgemeinen republikanischen Bewegung in ganz Spanien ist. Es scheint, daß der Führer der Revolte der frühere Hauptmann Galen ist, der im Jahre 1926 wegen betrügerischer Umtriebe aus der Armee ausgestoßen worden war. Auch der Ozanflieger Major Franco, der kürzlich aus dem Gefängnis in Madrid entwichen ist, soll an der Bewegung beteiligt sein.

*

Generalstreik in Saragossa.

Blutiger Kampf zwischen Regierung und Aufständischen.

In Saragossa ist der Generalstreik ausgerufen worden, nachdem es vorher zu Schießereien zwischen den regierungstreuen Elementen und Republikanern gekommen war. Diese Tatsache dürfte für die Arbeiterschaft das Signal sein, sich dem Aufruhr von Jaca anzuschließen. In Madrid wurden mehrere republikanische Abgeordnete und führende linksstehende Journalisten verhaftet.

Der spanische Ministerpräsident teilte mit, daß die von der Regierung entsandten Truppen aus Saragossa etwa 30 Kilometer von Huesca entfernt auf die Aufständischen gestoßen sind, wobei es zum Kampf zwischen den beiden Parteien kam. Im Verlaufe des Gefechts, bei dem von den Regierungstruppen auch Artillerie eingesetzt wurde, konnten 100 Gefangene gemacht werden, darunter einige Offiziere. Die Verluste betragen nach amtlicher Angabe auf seiten der Rebellen drei Tote und elf Schwerverletzte. Die gefangenen Offiziere werden vom Kriegsgericht abgeurteilt und voraussichtlich erschossen werden. Die Regierung hält damit den Aufstand für niedergeschlagen. Im Gegensatz hierzu herrscht auf republikanischer Seite die Überzeugung, daß die Bewegung noch weiter um sich greifen wird.

Spanische aufständische Offiziere hingerichtet.

Madrid, 14. Dezember. Das in Huesca tagende außerordentliche Standgericht hat am Sonntag das Urteil gegen die des Militäraufruhrs angeklagten Offiziere und gegen einen Sergeanten, die bei der Bewegung von Jaca eine führende Rolle gespielt haben, gefällt. Der Infanteriehauptmann Galan und der Artilleriehauptmann Hernandez wurden zum Tode durch Erschießen, der Artilleriehauptmann Salnias, Infanterieoberleutnant Muniz, Oberleutnant Navarro und der genannte Sergeant zu lebenslänglichem schweren Kerker verurteilt. Die Todesurteile wurden um 13.30 Uhr in Huesca vollstreckt. Die beiden zum Tode verurteilten Offiziere waren bereits unter der Diktatur Primo de Riveras in Aufruhrversuche verwickelt, also rückfällig, was als straferschwerend beurteilt wurde. Hauptmann Galan wurde übrigens nicht von den Regierungstruppen gefangen, sondern er hat sich an der Spitze seiner 300 Mann in voller Ordnung selbst gestellt, um das Leben seiner Leute nicht nutzlos zu opfern. Die Fluchtmöglichkeit nach Frankreich lehnte er ab. In republikanischen Kreisen erwartet man für Montagfrüh die Erklärung des Generalstreiks in Madrid, Barcelona, Valencia, Sevilla und Bilbao. In Madrid hat die Regierung 7000 Mann Bürgergarde zusammengezogen und in Klöstern untergebracht. Der normale Stand dieser Truppe in der Hauptstadt beträgt sonst etwa 2000 Mann. Die Regierung erklärt, sie verfüge über die Befehlshaber der Truppenverbände. Im Gegensatz hierzu hört man von der Gegenseite über gewisse Zusagen in der Garnison Burgos aus gut unterrichteten Kreisen verlauten, daß der Generalstreik zunächst zum Zeichen des Protestes gegen das Vorgehen der Regierung in Jaca und gegen die Erschießung der beiden Offiziere ausgerufen werden soll. Der Plan geht ferner dahin, die Streiks zum gewaltsamen Umsturz auszunützen. Die Arbeiterschaft scheint mit Waffen reichlich versehen zu sein. Die Regierung glaubt, die lebenswichtigen Betriebe durch Besetzung mit Truppen aufrechterhalten zu können. Die Regierung teilt mit, daß bei den Kämpfen bei Jaca der Militärgouverneur von Huesca, Generalleutnant Heras, verwundet wurde, ebenso ein Hauptmann der Bürgergarde. Ein weiterer Hauptmann dieser Truppen wurde von den Rebellen erschossen, außerdem ein Feldwebel. Weitere Regierungsverluste sind bis jetzt noch nicht bekanntgegeben. In Madrid wurden weitere Republikaner verhaftet, darunter der während der Diktatur nach Paris verbannte Eduardo Ortega y Gasset.

Die neue französische Regierung.

Briand wieder Außenminister.

Nach längeren hin- und herschwankenden Verhandlungen ist an Stelle des gestürzten Tardieu ein neuer Ministerpräsident ernannt worden. Es ist das der Senator Steeg, der dem Präsidenten der Republik bereits die Ministerliste vorgelegt und Bestätigung dafür erhalten hat. Bezeichnend ist die Erhaltung Briands für die auswärtige Politik, auch die radikalen Politiker Sarraut, Chautemps, Daladier und Barthou gehören dem Kabinett an. Es umfaßt im ganzen folgende Namen: Ministerpräsident und Kolonien: Steeg (radikal); Inneres: Leygues (Linksrepublikaner); Justiz: Chéron (Republikanische Vereinigung); Äußeres: Briand (Sozialrepublikaner); Finanzen: Germain Martin (radikale Linke); Budget: Palmade (Sozialrepublikaner); Krieg: Barthou (Demokratische und radikale Vereinigung); Marine: Albert Sarraut (radikal); Unterricht: Chautemps (radikal); Nationale Wirtschaft (Handel und Industrie): Loucheur (radikale Linke); Landwirtschaft: Victor Boret (Demokratische und radikale Vereinigung); Öffentliche Arbeiten: Daladier (radikal); Post und Telegraphie: George Bonnet (radikal); Luftfahrt: Painlevé (Sozialrepublikaner); Handelsmarine: Danielou (Unabhängige Linke); Arbeit: Grinda (Linksrepublikaner); Pensionen: Thoumyre (Linksrepublikaner); Gesundheitspflege: Queuille (radikal).

Dazu tritt eine Anzahl von Unterstaatssekretären. Alle Minister sind entweder Senatoren oder Abgeordnete. Poincaré, der eine Zeitlang selbst in Betracht kam, begünstigte die Wahl Steegs und dachte in zweiter Linie an Briand. Tardieu, der bisherige Ministerpräsident, der während seiner Regierungszeit unverhohlene Neigungen nach rechts bekundete und bekanntlich scharf gegen Deutschland und dessen Abrüstungsverlangen auftrat, hatte seine Stützen bei der Rechten verloren, wird allem Anschein nach entschieden gegen Steeg auftreten, obwohl dessen Kabinett eine Reihe von Tardieus Mitarbeitern wieder angehört.

Nach links gerichtet?

Im allgemeinen herrscht die Ansicht vor, Steegs Kabinett bedeute eine deutliche Wendung nach links, obwohl es den Charakter eines erneuten Konzentrationsministeriums, das den Ausgleich zwischen den Parteien verkörpern soll, nicht verloren hat. Sein Schicksal wird abhängen vom Vertrauensvotum der Kammer, der sich das Kabinett am nächsten Donnerstag vorstellen will. Während die Anhänger Tardieus ihm sicher einen schweren Stand bereiten werden, sollen auf der anderen Seite die Sozialisten gesonnen sein, für Steeg zu stimmen.

*

Die Mehrheit noch nicht gesichert.

In parlamentarischen Kreisen ist man äußerst gespannt auf den Kampf, der sich am Donnerstag vor der Kammer abspielen wird. Es steht nämlich noch keineswegs fest, ob Steeg trotz der Unterstützung der Sozialisten die Mehrheit erhalten wird.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF